

In der Zahnmedizin besteht großer Bedarf für eine neutrale Patientenberatung:

Viele Patienten verstehen den Behandlungsplan ihres Zahnarztes nicht

Zahnärzte der Vereinigung Demokratische Zahnmedizin e.V. (VDZM) mit Sitz in Bonn haben am 2. November 2002 in Berlin gemeinsam mit Vertretern verschiedener Institutionen Lösungsansätze zur Verbesserung der Patientenberatung und des Patientenschutzes diskutiert.

An der Gesprächsrunde nahmen als fachkundige Gäste Dr. Uwe Niekusch vom Gesundheitsamt des Rhein-Neckar-Kreises und der Stadt Heidelberg, Christoph Kranich von der Verbraucherzentrale Hamburg und Erwin Dehlinger als Vertreter des AOK-Bundesverbands teil.

Das von Dr. Niekusch vorgestellte Heidelberger Modell einer neutralen Patientenberatung in der Zahnmedizin erfuhr gleich in den ersten zehn Monaten einen Zulauf von rund 800 Rat suchenden Patienten. Dies weist nach Niekusch auf einen großen Bedarf in der Bevölkerung hin. In diesem von der Gesetzlichen Krankenversicherung finanziell

unterstützten und von den örtlichen Zahnärzten mitgetragenen Modellprojekt werden die Beratung und die damit verbundene zahnärztliche Untersuchung vom Öffentlichen Gesundheitsdienst neutral organisiert. Die örtliche Verbraucherzentrale ist mit ihrer Rechtsberatung ebenfalls in das Projekt eingebunden.

Das Modellprojekt weiter ausbauen

Die meisten Rat Suchenden verstehen die Behandlungsplanung und die Heil- und Kostenpläne ihrer Zahnärzte nicht. Der Schwerpunkt liegt hierbei in den besonders kostenintensiven Maß-

nahmen wie Zahnersatz und Implantate. Darüber hinaus wünschen Patienten oft Informationen über Behandlungsalternativen und Empfehlungen für einen fachlich erfahrenen und als qualifiziert ausgewiesenen Zahnarzt.

Die Experten waren sich einig, dass gerade im Zusammenwirken verschiedener Institutionen dem gewünschten neutralen Charakter der Beratung am besten entsprochen werden kann.

Angesichts des festgestellten Bedarfs ruft die VDZM dazu auf, die Erfolg versprechenden Ansätze des Heidelberger Modellprojekts aufzugreifen und weitere Beratungsstellen überall dort zügig aufzubauen, wo Öffentlicher Gesundheitsdienst, Verbraucherzentralen und eine kooperationsbereite Zahnärzteschaft im Sinne einer derartigen Arbeitsgemeinschaft zusammenwirken können.